

Hafen-Ausbaustopp

In Godorf stehen die Bagger still

Von Christian Deppe, 02.09.09, 22:56h

Das Verwaltungsgericht Köln hat den Klagen zweier Anwohner aus Sürth stattgegeben und den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung kassiert. Nun gerät der umstrittene Ausbau des Godorfer Hafens erneut auf die Tagesordnung der Politik.



Der Godorfer Hafen. (Archivbild: Hanano)

Der Ausbau des Godorfer Hafens steckt in der Sackgasse. Das Verwaltungsgericht Köln hat den Klagen zweier Anwohner aus Sürth stattgegeben und den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln aus formalrechtlichen Gründen aufgehoben. Zugleich hat es einen vorläufigen Baustopp verhängt. Die Bezirksregierung und der Bauherr, die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK), wollen Rechtsmittel einlegen. Die Ausbaueegner sehen die Chance, das Projekt nun ein für alle Mal zu kippen.

Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens hatte die Bezirksregierung nicht nur die Genehmigungen für den eigentlichen Hafenausbau, sondern auch für den Bau der Hafeneinrichtungen wie etwa der Abfertigungsgebäude erteilt, obwohl dafür nach Auffassung des Gerichts die Stadt Köln zuständig gewesen wäre. Die Kläger könnten sich auf diesen formalen Fehler berufen, weil nicht ausgeschlossen sei, dass die Stadt höhere Anforderungen an den Hochwasser- oder den Lärmschutz gestellt hätte, so das Gericht.

Berufung angekündigt

„Das Gericht hat weder die Grundsatzentscheidung zum Hafenausbau, noch unsere inhaltliche Arbeit in Frage gestellt“, sagt Regierungspräsident Hans Peter Lindlar. Da seine Behörde auch die Anlagen jenseits der Kaimauern geprüft habe, werde sie Berufung gegen die Urteile und Beschwerde gegen den Baustopp einlegen. Das kündigte - nach sorgfältiger Prüfung des Urteils - auch die HGK an. Das Berufungsverfahren könnte Jahre währen. Daher sei zunächst entscheidend, ob das Oberverwaltungsgericht den Baustopp bestätigt. „Wenn nicht, werden mit dem neuen Hafenbecken vollendete Tatsachen geschaffen“, verdeutlicht CDU-Fraktionschef Winrich Granitzka.

Das Verwaltungsgericht habe die Hafenerweiterung nicht grundsätzlich abgelehnt, weiß auch Helmut Feld, Sprecher der Aktionsgemeinschaft gegen den Hafenausbau. „Daher ist nun die Politik gefordert, dem Spuk für immer ein Ende zu setzen“, meint Feld. Grüne und FDP sind dazu schon seit langem bereit und wollen in der Ratssitzung am 10. September ein klares Signal an die HGK-Spitze senden. Jetzt bestehe für die Hafengesellschaft, eine Tochter des Stadtwerke-Konzerns, die Chance eines geordneten Rückzugs, so Dietmar Repgen (FDP).

Grünen-Fraktionschef sieht "Anfang vom Ende"

„Das ist der Anfang vom Ende“, meint Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank, der ein Moratorium für erforderlich hält. Der HGK rät er, keine weiteren Schritte zu unternehmen, „damit das Vertrauen in den Vorstand nicht weiter leidet“. Die HGK-Spitze sei ohnehin „angezählt“. Dass der Ausbaustopp für die Grünen hohe Priorität besitze, wisse auch die SPD, die den Ausbau bislang befürwortet hat, nach der Kommunalwahl nun aber vor Koalitionsgesprächen mit den Grünen steht.

Die SPD verweist schon mal auf die „ökologische Bedeutung des Hafens“ als „kostengünstiger, umweltfreundlicher Transportweg“. Jährlich tausende Lastwagenfahrten könnten nach dem Ausbau in der Stadt vermieden werden. Wer Wirtschaft und Arbeitsmarkt stärken und dem Stadtklima Gutes tun wolle, müsse dem Hafenausbau zustimmen. „Das sagen wir schon seit Jahren, und es ist immer noch richtig“, betont Fraktionschef Martin Börschel. Die CDU sieht derzeit keinen Handlungsbedarf und will zunächst die weitere Entwicklung abwarten. Sollte der Baustopp jedoch bestätigt werden, könnte das Hafenkonzept der HGK auf den Prüfstand gestellt werden, kündigte Fraktionschef Winrich Granitzka an.

Dr. Herbert Ferger, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Köln, reagierte enttäuscht: Das Urteil werfe die Verkehrs- und Hafenpolitik der Domstadt zurück. Die vom Gericht geforderten Einzelverfahren könnten zudem auch andere, ähnlich gelagerte Vorhaben verzögern, Investoren abschrecken und die Wettbewerbsfähigkeit Kölns beeinträchtigen.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1246895319433>

Alle Rechte vorbehalten. © 2009 **Kölnische Rundschau**